Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos", München, Herzog-Max-Straße 4 / Fernsprecher 93099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 24 — München, 15. Juni 1928 — 15. Jahrgang

Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1928 Wochenkalender 5688

	Juni	Siwan	Bemerkungen
Sonntag	17	29	יו״כ קטן
Montag	18	30	ראש חדש א׳
Dienstag	19	1	ראש חדש ב׳
Mittwoch	20	2	
Donnerstag	21	3	
Freitag	22	4	
Samstag	23	5	קרח פרק ד׳

Das Jüdische Echo

Nummer 24 | 15. Juni | 15. Jahrgang

Zur Bamberger Tagung

Am 17. und 18. Juni wird wie alljährlich die Landesversammlung des Verbands Bayerischer Israelitischer Gemeinden zusammentreten. Die Tagung wird dieses Mal auf Einladung der Gemeinde Bamberg in dieser alten jüdischen Gemeinde stattfinden. Es ist eine schöne Einrichtung, daß der Landesverband seine Tagungen in den verschiedenen Gemeinden des Landes abhält und so die Fühlung zwischen Verband und Gemeinden überall im Lande aufnimmt und stärkt.

Die Bamberger Tagung wird sich zunächst mit der Erledigung der Hauptaufgabe der alljährlichen Tagungen zu befassen haben, mit der Genehmigung des Finanzberichtes im vorangegangenen Jahr und mit der Festsetzung des Haushaltplanes für das laufende Jahr. Die den Delegierten bereits zugegangene Jahresrechnung 1927 läßt ersehen, daß die Erfüllung der Verbandsaufgaben weiterhin steigende Mittel in Anspruch genommen hat. Für die Zuschüsse zur Besoldung und Pensionen der Rabbiner und Lehrer im Lande hat der Verband etwa 174 000 Mark verausgabt, für Bauzuschüsse an die Gemeinden etwa 29 000 Mark, für soziale und kulturelle Aufgaben etwa 150 000 Mark, die weiteren Ausgabenposten betreffen Gemeindezeitung, Verwaltung, Darlehen und diverse Ausgaben. Im Hinblick darauf, daß aus Steuereingängen im Jahre 1927 dem Verbande etwa 463 000 Mark zugeflossen sind, war es möglich, dem im vorigen Jahr begründeten Landeswohlfahrtfonds neuerlich eine Zuweisung von 70 000 Mark zuzuführen, ebenso dem Pensionsfonds einen Betrag von 8 000 Mark. Der Betriebsfonds konnte in der bisherigen Höhe erhalten bleiben. Bei den vielseitigen Aufgaben, die dem Verbande, vor allem auch auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge obliegen, ist eine Stärkung der Fonds des Verbandes auch weiterhin dringend erwünscht. Der Staatszuschuß für die Zwecke des jüdischen Bekenntnisses, der seit mehreren Jahren in Höhe von 60 000 Mark dem Landesverband überwiesen wird — 10 000 Mark davon überweist der Landesverband an den Verband der Israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz als dessen Anteil am Staatszuschuß — ist im vergangenen Jahre nur zur Hälfte zur Auszahlung gelangt, während der Rest im laufenden Jahre überwiesen wurde. Angesichts der großen Aufwendungen, die aus Steuermitteln der jüdischen Gemeindemitglieder für den Landesverband und für die gemeindlichen Kultuszwecke aufgebracht werden müssen und im Verhältnis zu den Zuschußleistungen des Staates für die christliche Kirche (über 30 Millionen Mark jährlich) erscheint der Staatszuschuß für das Israelitische Bekenntnis außerordentlich niedrig. Er ist es auch verhältnismäßig bei Berücksichtigung des Prozentsatzes der jüdischen Bevölkerung unter der Gesamtbevölkerung des Landes. Eine Erhöhung des Staatszuschusses als eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit sollte von dem Landesverband unter Hinweis auf seine immer weiter wachsenden Aufgaben unbedingt gefordert werden.

Der Haushaltplan 1928, der mit einer Gesamtsumme von 574 000 Mark abschließt, zeigt diese Entwicklung deutlich. Der Verband übernimmt hiernach erstmals für das ganze Land eine Zuschußleistung von 70 Prozent zu den Rabbinergehältern, während er bisher lediglich bei den leistungsschwachen Rabbinatsbezirken Zuschüsse geleistet hat. Es soll ferner die Versorgungslast für die Beamten der Gemeinden, soweit sie nicht durch den Bayerischen Versorgungsverband gesichert werden können (nicht reichsdeutsche Beamte), auf Grund einer auf dieser Tagung zu beschließenden allgemeinen Regelung vom Landesverband übernommen werden. In steigendem Maße wird vor allem der Landesverband beansprucht für soziale und kulturelle Aufgaben verschiedenster Art. Neben der vom Landesverband selbst unterhaltenen Siechenanstalt in Würzburg erscheinen in dem Budget des Landesverbands eine große Zahl von Anstalten des Landes (Waisenhaus, Kinderheilstätten, Erholungsheime, Kranken- und Pfründnerhaus usw.) die vom Verband mit jährlichen Beiträgen in sehr beträchtlicher Höhe — für die Waisenanstalt in Fürth allein ist ein Jahreszuschuß von 14 000 Mark vorgesehen — bedacht werden sollen. Daneben werden Mittel für die offene Fürsorge im Lande, ferner für die durch den Landesverband geförderten Provinzialkassen der Wanderfürsorge vorgesehen. Solange ein Reichsverband nicht besteht, müssen die Landesverbände ferner die Einrichtungen und Anstalten allgemeiner sozialer Fürsorge für das Reich im wesentlichen materiell unterhalten. So erscheinen im Voranschlag erhebliche Beiträge für die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, den Hilfsverein der deutschen Juden, den Jüdischen Frauenbund, die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise und andere Organisationen. Neben den Wohlfahrtsaufgaben erfordern die kulturellen Aufgaben große Mittel. Für die Lehrerbildungsanstalten in Würzburg allein ist ein Verbandszuschuß von 50 000 Mark, für die Realschule in Fürth ein solcher von 10 000 Mark, für die drei Rabbinerseminare Beiträge von 15 000 Mark vorgesehen. Unter den Ausgaben für kulturelle Zwecke erscheinen ferner größere Beträge für Stipendien, für die Inventarisation jüdischer Kunstaltertümer, für historische und kunstwissenschaftliche Arbeiten, für Fortbildungskurse der Lehrer, für Wanderbibliotheken, für Jugendvereine und erstmals auch ein Posten „Zuschüsse für kinderreiche Familien", der seine Entstehung wohl den erschreckenden Ergebnissen der jüdischen Bevölkerungsstatistik verdanken dürfte. Die wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und Vereinigungen für das Reich sind besonders bedacht. Ein Betrag von 5000 Mark ist unter der Bezeichnung „Siedlungszwecke" in den Etat eingesetzt, womit eine schon im Vorjahre besprochene und in diesem Jahr neuerdings auf der Tagung zur Behandlung kommende Frage der Schaffung jüdischer ländlicher Siedlungen in

Deutschland eine Förderung erfahren soll. — Der Haushaltplan gibt ein Bild des vielseitigen Wollens des Verbandes. Dem Ausbau der Organisation sind die von der Verbandstagung vorgesehenen Referate über die Bildung eines Finanzausschusses und über den Reichsverband gewidmet. Die ursprünglich für die Tagung beabsichtigte Vorlage einer Rabbinatsbezirksordnung wurde auf Grund eingehender Verhandlungen im Rat für eine spätere Tagung zurückgestellt. Hinsichtlich der Schaffung des Reichsverbandes dürfte hingegen eine Beschlußfassung auf der Tagung möglich sein, nachdem durch die Verhandlungen der Delegierten der Landesverbände in Köln nunmehr eine Verfassung des Reichsverbandes festgestellt wurde, die voraussichtlich von den sämtlichen Landesverbänden angenommen werden wird und die auf dem von dem Vorsitzenden des Bayerischen Verbandes, Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer ausgearbeiteten Entwurf und dessen Grundgedanken — der Reichsverband als Verband der Landesverbände mit Rat und Reichstagung, diese gewählt von den aus Urwahlen hervorgehenden Landesversammlungen — beruht. Der zweite Verhandlungstag soll sich einerseits mit den Fragen der Beamtenbesoldung, der Alters- und Hinterbliebenenversorgung, der Gehaltsbezüge der Volksschullehrer befassen; anderseits mit den sozialen Problemen, die den Verband beschäftigen. Es sind Referate über die Siedlungsfrage (Referent Dr. Alfred Werner), über die Probleme der jüdischen Wohlfahrtspflege im allgemeinen (Referent Dr. Ollendorf, Berlin) und über die Wohlfahrtsarbeit des Verbands (Referentin Frl. Dr. Strauß und Frl. Katzenstein) vorgesehen. Es ist zu erwarten, daß gerade dieser letzte Teil der Tagung, bei dem hoffentlich auch nach den Referaten genügend Zeit zu einer Aussprache bleiben wird, in den Kreisen der Tagungsmitglieder lebhaftes Interesse wachrufen wird.

Wir behalten uns vor, auf den Verlauf der Tagung nach deren Abschluß zurückzukommen, und wünschen der Versammlung einen gedeihlichen Verlauf im Interesse unserer bayerischen Judenheit.

Kultusgemeinde und jüdische Volksschule

Zur Sitzung des Vorstandes und der Gemeindevertretung vom 6. Juni 1928 erhalten wir folgende Zuschrift:

Lang, lang war's her, seit Vorstand und Gemeindevertretung zusammen getagt hatten, und es war deshalb nur ganz natürlich, daß die Tagesordnung vom 6. Juni eine ganze Anzahl wichtiger Beratungspunkte enthielt. Der für unser Gemeindeleben weitaus wichtigste war Punkt 7: Antrag der Israelitischen Religionsgesellschaft Ohel Jakob auf Gewährung eines Zuschusses für das Jahr 1928 in Höhe von RM. 3500.— sowie eines Darlehens zur Erweiterung der Volksschule im Betrage von RM. 25 000.—. Es war ja bei der Einstellung der hiesigen liberalen Fraktion nicht anzunehmen, daß dieses letztere Postulat ohne große Debatte einstimmige Annahme fände, aber noch viel weniger konnte man voraussetzen, daß es von den Liberalen einstimmig abgelehnt würde. Sie haben damit den Beweis geliefert, daß der G e d a n k e der Einheitsgemeinde selbst hier, wo sie der F o r m nach schon so lange besteht, sich bis heute noch nicht durchsetzen konnte. Diese Tatsache ist höchst betrüblich und sie eröffnet einen Ausblick auf die Entwicklung des Einheitsgedankens an sich, der zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Was ist denn der Sinn der Einheitsgemeinde? Ein Zusammenschluß von religiös verschieden gerichteten Juden zu e i n e r Gemeinde, der aber jeder einzelnen Richtung das Recht und die Möglichkeit gibt, nach ihrer eigenen Überzeugung zu leben und zu wirken. Es ist selbstredend ein Unding, wenn in einer solchen Gemeinde die Majorität sich in der Pose des großmütig Gewährenden gegenüber den Minderheitsforderungen gefällt, noch viel schlimmer ist es aber, wenn sie an sich berechtigte Forderungen dieser Minderheiten aus Gründen der Weltanschauung ablehnt. Wie wäre ein gedeihliches Zusammenarbeiten denkbar, wenn die Minderheitsparteien sich gegenüber den Forderungen zur Erfüllung liberaler Bedürfnisse auf den gleichen Standpunkt stellen wollten. Und dann noch die Frage: Steht denn die Bekenntnisschule in solch schroffem Gegensatz zur jüdisch-liberalen Lebensanschauung, daß eine Sabotage aus diesem Grund gerechtfertigt werden könnte? Existieren nicht auch in anderen Einheitsgemeinden derartige Schulen und sogar darunter solche mit ausgesprochen liberaler Richtung? Also ganz allgemein scheint man auch im liberalen Lager diese Auffassungen nicht zu teilen. Es muß also wohl ein Spezialprogramm des Münchner Liberalismus sein, und hiermit treffen wir des Pudels Kern. Ja, die liberalen Wähler der Münchner Kultusgemeinde haben einmal ihre Stimme gegen die Gründung einer Bekenntnisschule in die Wagschale geworfen, aber sie haben sich durch die beredte Sprache der Tatsachen überzeugen lassen, daß ihr Votum ein falsches gewesen. Nicht so ihre Abgeordneten. An ihnen sind all die Tatsachen, die das Bedürfnis nach einer Bekenntnisschule auch hier evident bewiesen haben, spurlos vorübergegangen und auch die Feststellung, daß 42 Prozent von den die israelitische Volksschule besuchenden Kindern aus liberalen Kreisen stammen, wird daran kaum viel ändern. Im übrigen wäre der Besuch auch in diesen Kreisen noch viel größer, wenn nicht die weiten Entfernungen dies oft unmöglich machen würden. Genau e i n S e c h s t e l der Schulkinder gehört den Eltern nach zu Ohel Jakob und da bringt man es fertig, den wenigen Mitgliedern dieses Vereins die gesamten finanziellen Lasten zu überlassen für eine Schule, die allen Kreisen rückhaltlos zur Verfügung gestellt wurde und von der alle Kreise der Gemeinde weitgehend Gebrauch machen. Als direkte Folge hiervon zeigt sich die Notwendigkeit der Bereitstellung neuer Schulräume, und die Gemeinde stellt sich kraft Majoritätsbe-

schluß auf den Standpunkt: Für diese Schule haben wir kein Geld.

Die Schule besteht und wenn sie nicht bestände, müßte sie geschaffen werden; das beweist das rapide Anwachsen der Besucher von 32 auf 110 in 4 Jahren. Die Schule leistet Hervorragendes; das beweist das bewundernde Lob der Eltern und das Ansehen, das sie bei der aufsichtführenden Behörde genießt. Mit der Gründung der Schule hat sich Ohel Jakob ein unauslöschliches Verdienst erworben, und man kann nur hoffen und wünschen, daß die Kultusgemeinde München im Interesse ihres eigenen Ansehens den Beschluß vom 6. Juni in Bälde einer Revision unterziehen wird, um so zu beweisen, daß sie nicht durch haltlose Prinzipien oder gar durch eine unbegründete Mißstimmung sich davon abhalten läßt, an einer der vornehmsten Aufgaben einer jüdischen Gemeinde mitzuarbeiten. -r.

Nachbemerkung der Redaktion.

Die vom Ohel Jakob gegründete Israelitische Volksschule ist, das muß man zugeben, freilich als eine private Schule errichtet worden; sie hat sich aber, was von niemand bestritten werden kann, als lebensfähig, ja mehr als das, als eine unbedingte Notwendigkeit erwiesen. Die Israelitische Kultusgemeinde kann und darf an einer Anstalt, die einen so beträchtlichen Teil der jüdischen Schulkinder umfaßt, nicht uninteressiert sein, sie darf nicht beiseite stehen, wenn es gilt, sie auszubauen und auszugestalten, um so mehr als ja die jüdische Volksschule auch eine ausgesprochene Aufgabe der Kultusgemeinde übernommen hat, indem sie für die jüdische Ausbildung der ihr anvertrauten Kinder Sorge trägt.

Etwaige prinzipielle Erwägungen jüdisch-liberaler Kreise, die befürchten, daß eine jüdische Volksschule Errungenschaften der Emanzipation, die Gleichberechtigung in Frage stellen könnte, dürften dabei wirklich nicht dazu führen, eine solche Anstalt von der gemeindlichen Beitragsleistung auszuschließen, noch weniger aber dürfte es vorkommen, daß man alte Beschlüsse, antiquierte Festlegungen aus einem längst vergangenen Wahlkampf, aus einer ganz anderen Zeit aus der wohlverdienten Vergessenheit hervorzieht und von ihnen seine Entscheidung abhängig macht, wie es die Münchner Liberalen soeben getan haben. Auch ihnen müßte es doch einmal einleuchten, daß die religiösen und kulturellen Bedürfnisse der Minderheiten volle Befriedigung verdienen.

Das muß gesagt werden, ganz unabhängig vom Problem der jüdischen Schule an sich. Wenn man sich überlegt, daß es heute eine wahrhafte Simultanschule nicht gibt, daß auch die bekenntnisfreie Schule in jedem Falle eine christliche Schule bleibt, wenn man sich überlegt, daß die jetzt in Bayern neu eingeführten Volksschullesebücher geradezu in jeder Einzelheit geprägt vom christlichen Bekenntnis sind, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auch der bestgemeinte und bestgeleitete jüdische Religionsunterricht nicht imstande ist, unter solchen Bedingungen und bei der Zeit, die im allgemeinen für ihn übrig bleibt, die heranwachsende Jugend beim Judentum zu halten, für das Judentum zu begeistern, wenn man sich all dies klar macht, so könnte es doch in dieser Frage irgendeinen Zweifel nicht mehr geben: die jüdische Volksschule zu schaffen, sie auszubauen, das ist die Zukunftsaufgabe der jüdischen Gemeinden. Aber unsere Liberalen haben anscheinend die Zeit verschlafen; sie haben nichts gemerkt von den tiefgreifenden Änderungen, die gerade seit 1919 in der Stellung des Juden zu seinen christlichen Mitbürgern, damit auch der jüdischen Kinder zu ihren Altersgenossen vor sich gegangen sind, und sie bringen in ihrem bekannten jüdischen Minimalismus noch immer den Mut auf, ihre Kinder in die christliche Schule zu schicken, wo sie Dinge erleben müssen, die unter Umständen das kindliche Gemüt dauernd verfinstern. Man muß nicht einmal befürchten, daß ein Herr Streicher sehr viele Konsorten im Lehrerstande hat, obwohl auch dies gewiß nicht unmöglich ist — aber man weiß ja und man muß es wissen, daß gerade unter den Kindern antisemitische Pöbeleien nicht selten sind.

Es ist im Augenblick nicht die Gelegenheit, die Frage der jüdischen Schule grundsätzlich aufzurollen. Eines aber muß klar und mit aller Offenheit gesagt werden: Wenn nicht ein Weg gefunden wird, diesen letzten unhaltbaren Beschluß der Münchner Gemeindevertretung zu revidieren, dann werden sich ernsthafte Konflikte auf die Dauer nicht vermeiden lassen.

Ein jüdisches Museum in München

Von Hauptlehrer A. Strauß (Uffenheim)

Eine in Nummer 4 der „Bayerischen Israelitischen Gemeindezeitung“ von mir gegebene Anregung zur Gründung eines Landesmuseums für jüdische Altertümer fand lebhaften Widerhall; sie trug mir eine große Anzahl Zuschriften ein, fast durchwegs im zustimmenden Sinne. Allerdings meldeten sich auch einige Kleinmütige, welche die Durchführbarkeit der Idee bezweifeln. Um zunächst diesen letzteren zu begegnen, sei folgendes ausgeführt:

Niemand bestreitet, daß es zur Gründung eines Museums, wie das in Rede stehende, schon reichlich spät ist. Nicht nur, daß Jahrzehnte hindurch Unverstand und Egoismus viele wertvolle Reliquien zerstört und zerstreut haben, lockerten Nachkriegsnöte, In- und Deflation, insbesondere die wirtschaftliche Krise unserer Tage, hundert Jahre alten Besitz mancher Familienerbstücke religiös-kulturellen Charakters und ließen ihn in andere, meistens ausländische Hände übergehen.

Es war ein schwerer, unverzeihlicher Fehler, daß man es um die Jahrhundertwende, als wirtschaftlicher Aufschwung und Wohlstand mit Kunst- und Sammelfreudigkeit Hand in Hand gingen, als Museen aller Art wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden schossen, als man sich selbst für mohammedanische Kunst begeisterte, unterließ, auch den Denkmalen jüdischer Kunst, Kultur und Geschichte Interesse entgegen-

zubringen. Damals hätte man noch aus dem Vollen schöpfen, ein Museum von der Größe der Glypthothek mit jüdischen Altertümern füllen können. Trotz alldem und alldem ist es auch heute, wie es sich nachher zeigen wird, nicht zu spät, um den Museumsgedanken zu verwirklichen. Nur müßte sofort, planmäßig und mit Eifer ans Werk gegangen werden. Hat man doch vor kurzer Zeit erst ein jüdisches Museum in Kassel eingeweiht, dessen köstlicher Inhalt innerhalb eines Jahres aus dem kleinen Gebiet des ehemaligen Kurfürstentums Hessens zusammengebracht wurde. Sollte das, was in Hessen geschehen konnte, in Bayern, wo die Verhältnisse weit günstiger für ein solches Unternehmen liegen, unmöglich sein?

Um auch jenen Zweifel zu widerlegen, ob überhaupt jüdische Antiquitäten nach Quantität und Qualität genügend vorhanden seien, daß sie in der verwöhnten Kunst- und Musenstadt München Beachtung und Würdigung fänden, sei versucht, eine Liste jener Objekte aufzustellen, die für die Sammlungen eines jüdischen Museums in Betracht kämen:

Sabbat: Die traditionellen Lampen, Kidduschbecher, Barches- (Berches) Decke, auf Pergament geschriebene Semiros, Hawdala-Gerät, Gewürzbüchsen, Riechfläschchen.

Feier- und Gedenktage: Sederschüssel und -Teller, Sederhandtücher, Hagadas für Pesach in Holzschnitten und Kupfer, Hagadas auf Pergament mit farbigen Vignetten, altes primitives Werkzeug zur Herstellung von Mazzes, Omer-Tabellen auf Pergament.

Bilder, die das Abnehmen des Bartes am Lagbeomer darstellen.

Klagelieder (Kinos) für Tischobeaw auf Pergament.

Taschlich auf Pergament.

Alter Sukkoschmuck, Eßrog-Schalen.

Chanukka-Leuchter, Trenterchen.

Wertvolle Purim-Megillos. Schlachmonos-Teller.

Synagoge: Schuleklopfer, Inschriften, Ständer, Gestühl, Almemor, Leuchter, Wandleuchter, Mogen-Dowid zur Aufnahme der Eruw-Mazze, Königsgebet auf Pergament, die heilige Lade und Einzelteile, Vorhänge, Ewiglicht, seltene Thorarollen, Thoraschmuck wie Krone, Rimon, Schilde, Mäntelchen, Deuter oder Zeiger, alte Aufrufverzeichnisse; Einsegnung des Monats auf Pergament, ebenso das Gebet für die Gemeinde, verzierter Schofar, alte Machsorim und Gebetbücher, besonders solche aus jüdisch-bayerischen Druckereien, alte jüdische Erstdrucke aus Bayern, alte Luach (Kalender), Masse-Nissim-Büchlein auf Pergament, Jüdisch-Stuhl, Wimpeln, Hekdesch-Ständer mit Zedoko-Büchse. Einlegkasten. Memmorbücher. Duchen-Gefäße für Leviten und Priester, wertvolle Seide- und Wolltalesim, eingemauerter Chuppa-Stern, Inschriften außerhalb der Synagoge, ganze Synagogen zur Verpflanzung in Museen.

Familie und Haus: Mohel- (Beschneidungs-) Gerätschaften, Münzengehänge, kabbalistische Inschriften zum Schutze der Wöchnerin, Kameos, Amulette, Sivlones-Gürtel, Trauhimmel, alte Ehekontrakte und Scheidebriefe auf Pergament und Papier, Misrach Messussos, Zinnteller und Gießfaß mit jüdischen Buchstaben, Inschriften von Hauseingängen, Familiensiegel mit jüdischer Inschrift, alte Familienaufzeichnungen.

Allgemeines: Alte Grabsteine, Grabsteinverzeichnisse, alte Aufzeichnungen, die das Vereinsleben (Chewro-Kad.) betreffen. Juden-Schutzbriefe, Prozesse von Juden mit Obrigkeiten, Privilegien, alle alten Akten, die Juden betreffen, Chewro-Kad.-Becher.

Münzen und Medaillen auf berühmte Juden, alte Bilder, Holzschnitte, Kupferstiche, Lithographien, die sich auf Kultus und Geschichte beziehen.

Diese Liste will und kann auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen, aber sie zeigt doch das weite Gebiet der jüdischen Archäologie, deren Reichhaltigkeit, Mannigfaltigkeit, ja Unerschöpflichkeit es mit jeder anderen aufnehmen kann.

Es besteht somit weniger ein Mangel an Altertümern, als vielmehr die sehr erhebliche Schwierigkeit, sie zu erfassen, sie in ihrem freiwilligen oder unfreiwilligen Versteck aufzustöbern und in das schützende Asyl, das Museum zu überführen. Auf dem Präsentierteller sind diese oft raren und kostbaren Dinge nicht zu haben. Sie wollen gesucht, gefunden, um- und erworben sein. Deshalb bedarf — wir wollen sie vorläufig so nennen — die Museumskommission eines großen Stabes von Ortspersonen und sachkundigen Helfern, die netzartig das ganze Land umspannen und sich ehrenamtlich in den Dienst der guten Sache stellen.

Als unentbehrliche Förderer haben ferner alle Antiquariate und Antiquitätengeschäfte zu gelten, die schon im eigensten Interesse, aber erfahrungsgemäß aus Liebe zur Kunst in ideeller Gesinnung die Museumsache unterstützen.

Die auftauchenden Antiquitäten können als Geschenk (namentlich wenn sie synagogaler Herkunft sind), Kauf oder Leihgabe dem Museum zugeführt werden. Die Leihgaben (insbesondere solche aus Familienbesitz) dürften einen wesentlichen Bestandteil des zukünftigen Museums bil-

den. Allen Museen liegt weniger am materiellen Besitz, dagegen mehr an dem bloßen Vorhandensein irgendeines seltenen Kunstgegenstandes in den Museumsräumen, insoferne er eine gewisse Zeit und Form repräsentiert oder von einer Kunstrichtung zur anderen überleitet. Der Eigentümer bleibt Besitzer und Verfüger seines hergeliehenen Gegenstandes; in der Regel behält sich das Museum lediglich das Vorkaufsrecht im Falle einer Veräußerung vor. Hervorragende Einzelstücke und ganze Sammlungen aus Privatbesitz werden in dieser Form der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie hat den weiteren Vorteil, daß bei Todes- und Erbfällen die Leihstücke vielfach in den dauernden Besitz des Museums testamentarisch übergehen.

Zu den berufensten Mitarbeitern und Beratern zählt naturgemäß die schon bestehende historische Kommission für die Inventarisierung jüdischer Kunstdenkmale in Bayern. Hart an der Grenze, vielleicht schon innerhalb ihres Aufgabenkreises liegt eine andere für die Geschichte der Juden in Bayern und für die geplante Gründung eines jüdischen Museums daselbst nicht minder wichtige Aufgabe, zu deren Lösung diese Kommission am meisten beitragen könnte. Jeder Kenner ländlicher Verhältnisse wird bestätigen, daß die alten Akten und Urkunden aufgelöster oder sterbender Gemeinden, überhaupt fast sämtlicher Kleingemeinden, vielfach in einem verwahrlosten Zustande sich befinden. Entweder sie liegen frei herum oder wirr durcheinander in feuchten Kästen und Schränken, von Mäusen und Motten angefressen. Wenn sich dieser verkommenden Gemeindearchivalien niemand annimmt, sind sie als Geschichtsmaterial sowohl für die betreffende Gemeinde als auch für das bayerische Gesamtjudentum restlos verloren. Ein bleibendes Verdienst hat sich in dieser Hinsicht Herr Hauptlehrer Mannheimer in Dettelbach erworben. Er ordnete in jahrelanger Bemühung die in schlimmster Verfassung sich befindlichen alten Akten seiner Gemeinde (Geburts-, Sterbe- und Trauungsregister, Gemeinderechnungen, Armenbuch, Schul- und Lehrerakten usw.). Nicht weniger als 2203 Belege, die einem Zeitraum von rund 125 Jahren angehören, konnte er bergen, in 8 stattlichen Bänden großen Formats seiner dankbaren Gemeinde übergeben und damit der Nachwelt und Forschung überliefern. Seine Arbeit sollte vorbildlich sein für alle, die sich mit dieser Materie beschäftigen.

Im Zusammenhang mit der Rettung bedrohter Gemeindearchivalien soll hier auf eine andere Art der Verschüttung jüdischer Geschichtsquellen und deren Aufdeckung hingewiesen werden. In vielen aufgelösten und auch noch in bestehenden Kleingemeinden (die Fama behauptet sogar in manchen Mittelgemeinden) liegen häufig auf den Dachböden der Synagogen in meterhohen Stößen, von Mäusen zernagt, vermischt mit hundertjährigem Staub und Moder, kunterbunt durcheinander: Alte Gebetmäntel, Gebetriemen mit und ohne Gehäuse, zerrissene Gebetbücher und Machsorien, einzelne Blätter, Faszikel, Buchdeckel (meistens mit Familienaufzeichnungen versehen), Vorhänge und Thoramäntelchen (oft in ruinösem Zustande noch sehr wertvolle Stoffe), Gemeindeakten oder einzelne Blätter von solchen, Aufzeichnungen geschichtlicher Natur aus fröhlichen und traurigen Anlässen, Pergamenturkunden und Omertabellen, Memorbücher, pergamentene Pesachhagadas mit farbigen Vignetten, kleine Kultgegenstände u. a. m.

Es mag freilich keine angenehme und ästhetische Arbeit sein, in einem solchen undefinierbaren Haufen herumzuwühlen. Er muß buchstäblich ans Licht der Sonne gezogen und sein Inhalt, Stück für Stück, Blatt für Blatt geprüft und die Spreu vom Weizen geschieden werden. Abgesehen davon, daß es schon eine Pflicht der Pietät wäre, auch die künstlerisch und geschichtlich wertlosen Dinge, die einst im Dienste der Gottesverehrung standen, nicht achtlos verkommen zu lassen, ihnen vielmehr eine Ruhestätte, wie es religiöser Brauch vorschreibt, durch Eingrabung zu schaffen, dürfte die aufgewendete Mühe sich reichlich lohnen. Immer werden zum mindesten Aufzeichnungen für Familienforschung und Geschichtsmaterial, für Gemeinden und Gesamtjudentum gefunden. Die Aufdeckung dieser verschütteten Geschichtsquellen müßte natürlich überwacht und nur kundigen und vertrauenswürdigen Personen übertragen werden. Ergänzend sei bei dem Kapitel: „Versickerte Geschichtsquellen" noch der versunkenen, vergessenen oder gewaltsam zerstörten jüdischen Friedhöfe aus dem Mittelalter gedacht und deren eventuellen Wiederaufdeckung das Wort geredet. So ersah ich zum Beispiel aus dem Memorbuch der Kultusgemeinde Aub, daß vor etwa 400 Jahren in der Gemarkung der Dorfgemeinde Eibelstadt (zwischen Ochsenfurt und Würzburg) eine jüdische Begräbnisstätte vorhanden war, von der heute wohl wenige noch wissen. Die einstige Lage solcher Friedhöfe dürfte aus dem Flurbuch und den Gemeindeakten unschwer festzustellen sein.

„Woher aber", so höre ich manchen Skeptiker fragen, „sollen für ein so kostspieliges Unternehmen, wie die Gründung eines Museums, in dieser geldarmen Zeit die dazu nötigen erheblichen finanziellen Mittel genommen werden?" Die anscheinend sehr berechtigte Frage verliert indes bei näherer Betrachtung an Gewichtigkeit. Es handelt sich zunächst wohl darum, den Plan zur Museumsgründung überhaupt zu fassen, eine Kommission zu ernennen, die die als Geschenk, Kauf oder Leihgabe einlaufenden Altertümer übernimmt, konserviert und provisorisch in einem Gebäude

übersichtlich (nicht magazinartig), pfleglich unterbringt. Die Frage eines Museumsgebäudes, ob Neubau oder Anschluß an ein schon länger bestehendes Münchener Museum, braucht uns vorerst noch nicht zu beschäftigen. Die Kosten verteilen sich auf Jahre. Ein Verschieben des Museumsprojektes auf spätere, bessere Zeiten wäre nach Lage der Sache gleichbedeutend mit endgültigem Verzicht. Der Jahresetat dürfte mäßig sein, müßte aber immerhin der Größe der Aufgabe, dem gesteckten Ziele entsprechen. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß zum Erwerb etwa auf dem Kunstmarkte auftauchender, besonders wichtiger und teurer Objekte, für welche die zur Verfügung stehenden Gelder nicht hinreichen, sich jüdische Mäzene finden, die aus eigenen Mitteln den Gegenstand dem Museum sichern. Und schließlich ist auch noch der Staat da. Die bayerische Staatsregierung pflegt traditionell und vorbildlich das Gebiet der Kunstdenkmale; sie wird in diesen Bestrebungen vor der Förderung jüdischer Denkmalpflege auf heimischem Boden nicht haltmachen. Hat sie doch erst vor mehreren Jahren die berühmte Synagoge in Bechhofen auf eigene Kosten renovieren lassen und dauernd in ihren Schutz genommen.

Daß die Errichtung eines Landesmuseums nur vom Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden, dem berufenen Vertreter des bayerischen Gesamtjudentums, ausgeführt werden kann, bedarf keiner besonderen Betonung. Die Bamberger Tagung sollte daher auch die Frage mit der nötigen Gründlichkeit würdigen und sollte geeignete Entschlüsse treffen, bevor es zur Rettung all dieser jüdischen Altertümer zu spät ist.

Gemeindewahlen in Duisburg

Bei den Wahlen zur jüdischen Repräsentanz siegte der Jüdische Einheitsblock (Konservative, Zionisten, Ostjuden und Poale Zionisten) gegen die Liberalen mit 250 zu 160 Stimmen. Da nach Mehrheitswahlrecht gewählt wurde, erhielten die Liberalen gar kein Mandat, sondern alle fünf zu wählenden Repräsentanten entfielen auf die Liste des Einheitsblocks. Auch in den Vorstand konnten die Liberalen keinen neuen Vertreter entsenden.

Auf Grund dieses Wahlergebnisses haben nun, wie es scheint Angehörige der Liberalen entweder ihren Austritt aus der Gemeinde erklärt oder wenigstens damit gedroht, was den jüdischen Einheitsblock veranlaßte, folgende

Erklärung

abzugeben:

Bei den jüdischen Gemeindewahlen erhielten unsere Kandidaten eine große Stimmenmehrheit, während die Liberale Minderheit ausfiel. Das war eine Folge des veralteten Mehrheitswahlrechts, das wir nach einer vor drei Jahren getroffenen Vereinbarung beseitigen wollten, dessen Anwendung aber durch Beschwerde bei der Regierung gegen unsern Widerspruch erzwungen wurde. Die Entscheidung mußte zugunsten der einen oder andern Partei fallen. Der Ausgang einer Wahl darf nicht Anlaß dazu sein, die Gemeinde zu verlassen und zu schwächen. Al tiphrosch min hazibur, trenne Dich nicht von der Gemeinde! Nach diesem Satz haben unsere Freunde, die in den meisten jüdischen Gemeinden Deutschlands in der Minderheit sind, stets gehandelt. Wir, die wir selbst jahrzehntelang um Anerkennung haben ringen müssen, werden wie bisher allen Richtungen ihr Recht werden lassen. Täten wir das nicht, so müßten wir uns selbst aufgeben. So werden wir die Einführung der von uns ausgearbeiteten gerechten Satzungen und des Verhältniswahlrechts mit Nachdruck betreiben, damit zum Nutzen der Gesamtheit unsere alte Forderung des Mitbestimmungsrechts aller erfüllt werde. So wenig wir zulassen werden, daß die Verwaltung der Gemeinde „nach liberalen Grundsätzen unter Ausschaltung jüdisch-nationaler Bestrebungen geführt wird", wie es verlangt worden ist, ebensowenig werden wir irgendeiner anderen Richtung das Lebensrecht absprechen. Wir werden auch dafür sorgen, daß die Bedürfnisse aller religiösen Richtungen innerhalb der uns gesteckten finanziellen Grenzen ohne Bevorzugung der einen oder andern Gruppe befriedigt werden. Nach wie vor werden wir unserm Programm getreu eintreten für die Einheit der Gemeinde, für die Einheit des Judentums.

Duisburg, den 6. Juni 1928.

Jüdischer Einheitsblock.

Jüdische Gemeinden in Deutschland für den Palästina-Aufbau

Berlin, 10. Juni. (JTA.) Der Kreis der Jüdischen Gemeinden in Deutschland, der dem jüdischen Palästinawerk (Keren Hajessod) E. V. materielle Förderung angedeihen läßt, wird immer größer. In den letzten Wochen haben die Jüdischen Gemeinden in Frankfurt a. M. RM. 3000.— und in Bamberg RM. 500.— für den Keren Hajessod bewilligt; Frankfurt a. M. hat daneben weitere RM. 1500.— für die hebräische Universität in Jerusalem gezeichnet.

Beginn der Beratungen der Jewish-Agency-Kommission

London, 9. Juni. (JTA.) Die Mitglieder der Jewish - Agency - Kommission versammelten sich heute im Landhause von Lord Alfred Mond in der Nähe von Southampton zu einer ersten, vorläufig inoffiziellen Beratung, in der vorerst die Richtlinien und der Arbeitsplan der Konferenz festgelegt werden sollen.

Ausbau der Universität Jerusalem

Errichtung einer philosophischen Fakultät — Berufung neuer Professoren

London, 7. Juni. (JTA.) Der Direktoren-Ausschuß und der Akademische Rat der hebräischen Universität zu Jerusalem haben in ihrer soeben in London beendeten Tagung den Beschluß gefaßt, daß die Universität allmählich in eine Lehrhochschule, die ihren Absolventen akademische Grade verleiht, umgewandelt werde.

Den Beratungen wohnten bei der Präsident der hebräischen Universität Dr. Chaim Weizmann, der Kanzler der Universität Dr. J. L. Magnes, Prof. S. Alexander von der Universität Manchester, Prof. S. Brodetsky von der Universität Leeds, das Mitglied der Zionistischen Exekutive Dr. M. D. Eder, der Oberrabbiner des Britischen Reiches Dr. J. H. Hertz, Prof. J. Horovitz (Frankfurt a. M.), Prof. E. Landau (Göttingen), Prof. L. S. Orenstein (Utrecht), James de Rothschild, Dr. M. Schloessinger (Haag), der Präsident der Zionistischen Exekutive Nahum Sokolow, Felix M. Warburg, der Rektor des Londoner Jews' College Prof. Dr. Adolph Büchler, der Registrator der Jerusalemer Universität S. Ginsberg, und der Sekretär der Universität Dr. L. Kohn. Professor Albert Einstein konnte wegen Krankheit den Beratungen nicht beiwohnen, teilte aber seine Ansichten über mehrere der wichtigsten Fragen der Versammlung brieflich mit.

Die Versammlung befaßte sich eingehend mit der Frage der Einführung eines normalen Universitätsbetriebes, Verleihung von akademischen Graden an die Studierenden und allen hiermit verbundenen anderen Fragen. Nach sorgfältiger Prüfung des Berichtes des vom Direktoren-Ausschuß in seiner Sitzung von August 1926 eingesetzten Sonderkomitees wurde beschlossen, die im Bericht vorgeschlagene Umgestaltung der Universität in eine akademische Grade erteilende Universität zu genehmigen, jedoch Bürgschaften zu schaffen, daß nur solche Studenten aufgenommen werden, die in vollem Sinne zur Pflege eines intensiven Studiums qualifiziert erscheinen, und daß nur für jene Gegenstände Universitätskurse eingeführt werden, für die Professoren und Dozenten von hohem Universitätsrang zur Verfügung stehen und für die auch eine angemessene Hilfsmittel-Ausstattung zur klaglosen Durchführung von Forschung und Studium vorhanden ist. Im Sinne dieser Erwägungen wurde beschlossen, daß mit der Errichtung einer philosophischen oder philologischen Fakultät begonnen werden soll, und zwar sollen das bereits bestehende Institut für judaistische Studien und die Schule für orientologische Studien als Abteilungen der neuen Fakultät konstituiert und Kurse für Philosophie, Geschichte und Literatur neu eingerichtet werden. Sobald die wichtigen Themata der Fakultät mit einem vollen Stab und anderen Ausrüstungen versehen sind, wird der Universitätsunterricht an der Fakultät beginnen. Dies soll in naher Zukunft geschehen.

Mit Bezug auf die Naturwissenschaften kam man überein, vorläufig noch keinen normalen Universitätsunterricht anzufangen, da gewisse Grundfächer noch nicht angemessen an der Universität vertreten sind. Es wurde jedoch beschlossen, eine Kundgebung zu veröffentlichen, wonach das Universitätsstudium in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie im Rahmen der naturwissenschaftlichen Fakultät spätestens 1932 beginnen wird. Der Einführung von Mathematik-Unterricht und später, womöglich, in anderen Zweigen der Naturwissenschaft wurde unter der Bedingung zugestimmt, daß diese Kurse nicht als normale Universitätskurse, die Graduierungen im Gefolge haben, angesehen werden. Die Einführung medizinischer Weiterbildungskurse für Graduierte, die von Professoren der Hygiene und der Parasitologie unter Heranziehung außerhalb der Universität wirkender Kräfte geleitet werden, wurde genehmigt.

In der Sitzung wurde ferner beschlossen, den Ordinarius für Mathematik an der Universität Kiel Professor Fraenkel einzuladen, den Lehrstuhl für Mathematik an der Universität Jerusalem als Professor zu bekleiden, ebenso Dr. Fekete von der Universität Budapest zur Übernahme einer Dozentur für Mathematik einzuladen. Ein Ausschuß zur Nominierung eines Professors für anorganische und physikalische Chemie wurde eingesetzt. Der gegenwärtige Leiter des Departements für Parasitologie an dem Mikrobiologischen Institut der Jerusalemer Universität Dr. S. Adler wurde zum Professor ernannt. Eine hervorragende Kraft in der Industrie-Hygiene und Klimaforschung soll für das Hygiene-Departement als Forscher gewonnen werden. Dr. F. Bodenheimer, der Assistent im Institut für Naturgeschichte Palästinas wurde zum Forscher-Professor der Zoologie mit dem Rang eines Dozenten ernannt.

Beschlossen wurde weiter die Ernennung eines Dozenten für Assyriologie an dem Orientologischen Institut und die Ernennung des Philosophie-Dozenten an der Universität Manchester, Dr. Leon Roth, zum Professor für Philosophie an der Universität Jerusalem. Der Philosophie-Lehrstuhl der Universität soll den Namen Achad Haams, des verstorbenen hervorragenden hebräischen Denkers, tragen. Der Leiter der National- und Universitätsbibliothek in Jerusalem Dr. Bergmann wurde zum Dozenten für moderne Philosophie, Dr. Schwabe (Jerusalem) zum Dozenten für klassische Philologie ernannt. Dr. Zscherikower (Jerusalem) wurde zum Instruktor für griechische und römische Geschichte, Dr. Pflaum

(Jerusalem) zum Instruktor für mittelalterliche Geschichte ernannt.

In den Direktoren-Ausschuß kooptiert wurden der Rektor des Londoner Jews' College, Dr. A. Buechler, M. M. Ussischkin (Jerusalem) und Charles Rosenboom, Pittsburgh (Vereinigte Staaten).

Das Ausgabenbudget für das Universitätsjahr 1928/29 in Höhe von 54 000 Pfund als das regelmäßige Ausgabenbudget wurde genehmigt und der Direktoren-Ausschuß aufgefordert, Maßnahmen zur Sicherung dieser Summe zu treffen. Weitere außerordentliche Ausgaben, die mit der Fertigstellung des Bibliothekgebäudes zusammenhängen, wurden genehmigt.

Ein Komitee zur Ausarbeitung eines Planes der akademischen Administration der Universität wurde eingesetzt mit der Aufgabe, der nächsten Ausschuß-Tagung Vorschläge zu unterbreiten. Der Jerusalemer Universitätsrat wurde ersucht, die Frage der Beziehungen zwischen der Universität und gewissen anderen Unterrichtsinstitutionen in Palästina zu prüfen und hierüber Bericht zu erstatten.

Geschäftliches

Aus der jüdischen Welt

Die jüdischen Sportvereine im Groß-Staffellauf Potsdam-Berlin

Bar-Kochba Siebenter im Gesamtklassement

Berlin, 11. Juni. (JTA.) Von dichten Zuschauerreihen auf der ganzen 25-km-Strecke umlagert, wurde am Sonntag auf der klassischen Rennstrecke Potsdam-Berlin der gleichnamige Staffettenlauf, dem von der gesamten Sportwelt stets mit großer Spannung entgegengesehen wird, zum 21. Male ausgetragen. Im Hauptlauf über die Strecke Potsdam—Wannsee—Beelitzhof—Grunewald—Witzleben bis zum Sportplatz Tiergarten gelang es der Mannschaft des jüdischen Turn- und Sportvereins Bar-Kochba im Hauptwettbewerb als Siebenter in 1:01:36,2 hinter dem DSC. als erstem in 00:57:27,4 (einem neuen Rekord) die Ziellinie zu passieren (gegenüber einem zehnten Platz im Vorjahr). Bedeutsam ist die Tatsache, daß in diesem Jahre die Zeit des Siegers von 1923 — SCC. — von Bar-Kochba unterboten wurde. Bar-Kochba war zum ersten Male in diesem Lauf unter den A-Vereinen vertreten. (Im vorigen Jahre war Bar-Kochba aus der B-Klasse als Sieger hervorgegangen.) Der Erfolg des Bar-Kochba wurde von allen Seiten beglückwünschend anerkannt. Die Tatsache, daß er unter den 28 hervorragendsten Leichtathletikvereinen Deutschlands, die auch eine viel größere Mitgliederzahl haben und deshalb die Kampfmannschaften durchgesiebter auswählen können, einen solchen Platz eingenommen hat, macht die Leistung besonders bemerkenswert. Recht günstig schnitten auch die Knaben- und Frauenmannschaften des Bar-Kochba am abgekürzten Lauf über 10 km (Stern-Tiergarten) ab, wo Alte Herren, Knaben und Frauen — insgesamt 43 Teilnehmer — starteten. Die Knaben des Bar-Kochba belegten unter den Knabenmannschaften in 24:33,5 den zweiten Platz hinter SCC. I. Knabenmannschaft (23:06) und unter allen Mannschaften die neunte Stelle. Die Bar-Kochba-Frauen liefen unter 23 Frauenstaffeln als elfte hinter SCC. I. Frauenmannschaft in 23:43,5, in der Gesamtwertung von den angegebenen 33 Mannschaften als achtzehnte, und zwar in der guten Zeit von 26:19,0 ein. Im Sonderwettbewerb für Frauenabteilungen der BCD-Vereine gingen sie als zweite hinter der kombinierten Mannschaft (Leiser-S.V.-Realia-V.f.K.) — diese in 26:10 — durchs Ziel.

Auch die Mannschaft der Sportgruppe des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten, Ortsgruppe Berlin, die, wie bei jedem Start, immer kämpferischen Mut zeigt, konnte einen schönen Erfolg davontragen. Im Lauf über 15 km (Beelitzhof—Tiergarten) wurde der RJF. unter 37 startenden Vereinen im Gesamtklassement in der Zeit von 40:50 Zwanzigster hiter VfL. Humboldt (Zeit 36:27,4). Außerdem belegte der RJF. im Sonderwettbewerb für Vereine, die Leichtathletik als Nebensport betreiben, unter sieben startenden Teilnehmern den ersten Platz und gewann damit einen wertvollen Ehrenpreis, im Sonderwettbewerb für Vereine außerhalb des VBAV. hinter dem Bund für Leibesübungen (38:21) unter neun Startenden den zweiten Platz und im Sonderwettbewerb für erstmalig teilnehmende Vereine unter sechs Startenden hinter Leiser-SV. (37:50) die dritte Stelle. Die Organisation, die bei der Bar-Kochba in den Händen von Dr. Atlasz, Heinz Nesselroth, Hans Eger und Lotte Gabriel, beim RJF. in den Händen von James Abrahamsohn und Hans

Noher lag, hat sich voll und ganz bewährt und stellt der umsichtigen Leitung der jüdischen Sportvereine das beste Zeugnis aus.

Völkisch-antisemitische Kundgebungen an der Berliner Universität — Mehrere Verletzte

Berlin, 6. Juni. (JTA.) Vor der Universität in der Straße unter den Linden veranstaltete gestern nachmittag die sogenannte „Allgemeine Studentenschaft", die aus einer Koalition der Kommunisten mit den Nationalsozialisten und völkischen Waffenstudenten besteht, eine Kundgebung zu den von ihr zu veranstalteten Wahlen, die äußerst schwach besucht war, aber infolge des turbulenten Verhaltens der Rechtsradikalen, die den Zuzug vieler Nichtstudierender in Hitler-Uniform mit dem Hakenkreuz erhielten, in schwere Ausschreitungen ausartete. Das „8-Uhr-Abendblatt" gibt hierüber die folgende Schilderung: „Die Burschen in Hitler-Uniform und alle, die ihnen nahestanden, begannen mit einem Male im Chor den (kommunistischen) Redner niederzuschreien. Dabei ergingen sie sich in wüste antisemitische Beschimpfungen. Der Tumult wuchs noch, als der Vertreter der Nationalsozialisten, Dr. Conti, das Wort ergriff, um sich in heftigsten antisemitischen Redewendungen zu ergehen, wobei er von der ‚Judenpest', die bei uns herrsche, sprach. Diese unerhörte Hetzrede des Nationalsozialisten war es ‚vor allem, die den Anstoß zu dem nunmehr folgenden Handgemenge gab. Aus den anfänglichen kleinen Reibereien wurde nunmehr ein großer Zusammenstoß zwischen den Rechtsradikalen und den Anhängern anderer Parteien. Der Polizei gelang es, sich zwischen die kämpfenden Parteien zu schieben und diese voneinander zu trennen. Bei der Universität kam es zu einem erneuten Handgemenge, das abermals von den Polizeibeamten getrennt werden mußte. Das Universitätsgebäude wurde von der Polizei besetzt."

Die antisemitische Boykottpropaganda Dr. Göbbels vor Gericht

Berlin, 10. Juni. (JTA.) Vor dem Amtsgericht Schöneberg hatte sich der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Göbbels und der Schriftleiter Dürr wegen groben Unfugs, begangen durch einen Artikel im nationalsozialistischen Parteiorgan „Der Angriff", zu verantworten. Das Pamphlet richtete sich anläßlich der bevorstehenden Weihnachtseinkäufe gegen die jüdischen Geschäftsleute und forderte zur Boykottierung jüdischer Firmen auf. Gegen die Angeklagten war ein Strafbefehl von 50 bzw. 20 RM. ergangen, der in der gestrigen Verhandlung im Amtsgericht auf 20 und 10 RM. herabgesetzt wurde. Bei der Urteilsverkündung brachen die Anhänger Göbbels, die den Zuschauerraum des Gerichtssaales füllten, in stürmische Heilrufe aus.

Prof. Georg Bernhard 1. Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Presse

Köln, 4. Juni. (JTA.) Die Kölner Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse, der sämtliche deutschen Journalisten auf gewerkschaftlicher Grundlage einschließt, wählte Prof. Georg Bernhard, den Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" zum 1. Vorsitzenden.

Tagung der Gesellschaft für die Wissenschaft des Judentums

Köln, 5. Juni. (JTA.) Die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums hielt anläßlich der im Rahmen der „Pressa" veranstalteten jüdischen Kulturwoche ihre diesjährige Hauptversammlung im Kongreßsaal des Ausstellungsgebäudes in Köln-Deutz ab. Eine überaus starke Zuhörerschaft war der Einladung der Gesellschaft gefolgt. Die 1902 gegründete Gesellschaft hat sich zur Aufgabe gestellt, die wissenschaftliche Erforschung des Judentums nach der historischen und systematischen Seite zu pflegen und ihre Mitglieder mit dem Stand der Forschung in Verbindung zu halten. Die Gesellschaft gibt die „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums", die einzige jüdisch-wissenschaftliche Zeitschrift in deutscher Sprache, heraus und stellt sie ihren Mitgliedern unentgeltlich zu. Sie veröffentlicht ferner neben zahlreichen Einzelschriften, unter denen das Prachtwerk von Dr. C. Tassilo Hoffmann: „Jacob und Abraham Abramson, 55 Jahre Berliner Medaillenkunst, 1755 bis 1810", hervorgehoben sei, großzügige Publikationen, unter ihnen großangelegte Werke wie die „Germania Judica" und der „Grundriß für die Gesamtwissenschaft des Judentums". Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt etwa 1600 und verteilt sich über alle fünf Erdteile sowie über alle Konfessionen.

Die sehr angeregt verlaufene Versammlung begann mit einer geschäftlichen Sitzung, in der der Vorsitzende, Legationsrat Prof. Dr. M. Sobernheim (Berlin), den Bericht über die Tätigkeit im verflossenen Jahre erstattete. In der Festsitzung richtete zunächst der Präsident des Deutschen Rabbinerverbandes, Dr. Baeck (Berlin), einige Worte der Begrüßung an die Anwesenden und hob die Bedeutung der Kultur für das innere Le-

ben des Menschen und die besonderen Aufgaben der Gesellschaft als Kulturträgerin hervor. Nach einer Begrüßung der Versammlung durch die Vertreter der Stadt Köln und der Universitäten Köln und Bonn, gab der Schriftführer, Prof. Dr. J. Elbogen (Berlin), eine Übersicht über die Aufgaben und Leistungen der Gesellschaft. Den Festvortrag hielt Herr Dr. Fritz Bamberger (Berlin) über das Thema: „Die geistige Gestalt Moses Mendelssohns". Der Redner bemühte sich zu zeigen, daß das durch die populäre Tradition verbreitete Bild von Mendelssohns Richtung und Anschauung nicht ganz der Wahrheit entspräche, daß Mendelssohn durchaus nicht jener einseitige Aufklärer war, als den sein Zeitgenosse Hamann ihn bekämpfte, sondern daß auch in Mendelssohn wie in jedem echten Menschen sich Widersprüche zeigen, daß er namentlich in seinen Schriften zur Ästhetik durchaus die Bedeutung des Irrationalen anerkannte, daß er zwar in seinen allgemeinen Anschauungen über Religion sich auf dem Boden des Rationalismus hielt, aber sobald er auf das Judentum zu sprechen kam, doch wieder jener Glauben an das Jenseitige und Geheimnisvolle durchbricht, der die Stärke aller echten Religion ausmacht. — Reicher Beifall lohnte die gedankenreichen und gehaltvollen Ausführungen des Redners.

Wiener Sport-Antisemitismus

Wien, 10. Juni. (JTA.) Bei einem Fußball-Match zwischen der Grazer „Hakoah" und der „Ostmark" kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Spielern, die noch ausgedehntere Zusammenstöße zwischen den jüdischen und den nichtjüdischen Zuschauern im Gefolge hatten. Man zählte vier Verletzte. Polizei trennte die Streitenden und ordnete den Abbruch des Spiels an.

Überhandnehmen von Selbstmorden unter den Wiener Juden

Wien, 4. Juni. (JTA.) Infolge steigender Wirtschaftsnot und zunehmender Arbeitslosigkeit ist ein beunruhigendes Steigen der Selbstmordziffer unter den Wiener Juden zu verzeichnen. Regierungs- und Gemeindeämter verschließen sich der Neuaufnahme von Juden, Privatfirmen, auch solche, die im Besitze von Juden sind oder von Juden geleitet werden, nehmen Juden nicht als Angestellte auf. Am krassesten ist die Not unter dem sehr angewachsenen geistigen Proletariat. Ingenieure, Anwälte usw. hungern buchstäblich. Die Wiener zionistischen Zeitungen fordern die Kultusgemeinde auf, Arbeitsvermittlungsbüros und Kreditinstitutionen zu schaffen und auf die jüdischen Geschäftsinhaber einen Druck auszuüben, daß sie Juden anstellen. Die Parole lautet: „Gebt den Juden eine Arbeitschance!"

Palästina-Fragen in der 13. Session der Mandatskommission

Genf, 10. Juni. (JTA.) Die am 12. Juni d. J. in Genf beginnende 13. Session der Mandatskommission des Völkerbundes wird sich u. a. mit dem Bericht der Palästina-Regierung über die Verwaltung des Landes im Jahre 1927 zu befassen haben. Eine arabische Petition liegt diesmal nicht vor. Die Agudas Jisroel hat dem Völkerbund eine Petition überreicht, die in dieser Session der Mandatskommission behandelt werden wird. Die zionistische Organisation hat wie gewöhnlich durch die Palästina-Regierung ihren eigenen Bericht unterbreitet. Die britische Regierung wird durch den früheren Chefsekretär der Palästina-Regierung, Colonel Seymes, vertreten sein. Die Ergebnisse der Arbeiten der Mandatskommission, deren Beratungen vertraulich sind, werden aus Anlaß der im September d. J. stattfindenden Plenarversammlung des Völkerbundes bekanntgegeben werden.

An Stelle der verstorbenen Frau Wicksell wurde Frl. Valentine Dannevig, Leiterin der höheren Mädchenschule in Westheim (Norwegen), zum Mitglied der Mandatskommission bestimmt.

Senator Borah und die Zionistenverfolgungen in Rußland

Berlin, 5. Juni. (JTA.) Aus Washington wird telegraphiert: Senator Borah empfing den palästinischen Arbeiterführer Dr. Chaim Arlosoroff und den Vorsitzenden des amerikanischen zionistischen Studentenverbandes Max Rhoade, die ihm über die Verfolgungen der Zionisten Rußlands berichteten. Gegenwärtig sollen über 700 russische Zionisten in Sibirien, Kirgisien, Ural und Soloveyinseln in der Verbannung leben; mehrere hundert befänden sich in Haft und harren ihrer Verurteilung. Borah versprach, sein Möglichstes zu tun, um eine Hilfeleistung herbeizuführen.

Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Palästina und Ägypten

Dieser Tage wurde das Handelsabkommen zwischen Palästina und Ägypten abgeschlossen, das nach Ratifizierung durch das ägyptische Parlament in Kraft tritt. Das Abkommen ist ein zeitweiliges, da Ägypten jetzt sich mit der Neuordnung seines Zollwesens befaßt. Da die Handelsbeziehungen zwischen Ägypten und Palästina im ständigen Wachsen sind, dürfte diesem Abkommen größere Bedeutung zukommen. Die wichtigste Bestimmung ist die Gewährung der gegenseitigen Meistbegünstigung, wobei jedoch die Begünstigungen zwischen Palästina und Syrien bzw. zwischen Ägypten und dem Sudan unberücksichtigt bleiben. (Ziko)

Die Warburg-Flexner-Gruppe erwirbt 25 000 Dunam Boden von der Haifa Bay Company

Jerusalem, 8. Juni. (JTA.) Zwischen Herrn Mohl, dem palästinischen Vertreter der von Felix M. Warburg und Bernhard Flexner geführten amerikanischen Palästina-Gruppe, und der Haifa Bay Development Company wurde ein Vertrag

abgeschlossen, laut welchem die amerikanische Gruppe von der Haifa Bay Company ein Areal von 25 000 Dunam Boden im Gebiete der Haifa-Bucht zu Zwecken der Entwicklung käuflich an sich bringt.

London, 9. Juni. (JTA.) Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, haben die Amerikaner dem Angebot der Haifa Bay Development Company zugestimmt. Herr Bernhard Flexner wird zwecks Finalisierung der Angelegenheit nach London kommen.

Reparatur der Jerusalemer Universität

Neuyork, 28. Mai. (JTA.) Die hebräische Universität in Jerusalem war jetzt in der Lage, ein nach dem katastrophalen Erdbeben zwecks Durchführung von Reparaturen an den Gebäuden und der Inneneinrichtung aufgenommenes Darlehen in der Höhe von 25 000 Dollar zurückzuzahlen. Das Darlehen ist vom Neuyorker jüdischen Gemeindebund aus den Mitteln eines von Herrn und Frau Felix M. Warburg geschaffenen Fonds gewährt worden. Im Jahre 1925 hatten Herr und Frau Warburg bei dem Gemeindebund eine den Namen Moritz und Charlotte Warburg, der Eltern des Herrn Felix M. Warburg, tragende Stiftung in Höhe von 500 000 Dollar geschaffen, deren Einkünfte regelmäßig der hebräischen Universität zu Jerusalem zufließen sollen. In Voraussicht etwa eintretender unvorhergesehener Ereignisse haben die Stifter in dem Stiftungsstatut eine Bestimmung getroffen, daß aus dem Fonds von Fall zu Fall Darlehensvorschüsse an die Universität gewährt werden. Kurz nach der Erdbebenkatastrophe, die auch die Universität hart betroffen hat, bewilligte der Gemeindebund aus den Mitteln der Warburg-Stiftung einen Darlehensvorschuß von 25 000 Dollar. Dieses Darlehen, welches am 13. Oktober 1927 gegeben worden war, ist bereits am 8. Mai 1928 von der Universitätsverwaltung zurückgezahlt worden.

Jüdische Selbstverwaltung in Jerusalem

Jerusalem, 4. Juni. (JTA.) Der Rat der jüdischen Gemeinde von Jerusalem hat soeben ein Projekt ausgearbeitet, nach welchem der Teil Jerusalems, der nur von Juden bewohnt ist, einen eigenen, jüdisch geleiteten Magistrat erhalten soll. Das Projekt wird in diesen Tagen der Regierung mit der dringenden Aufforderung zu dessen Durchführung unterbreitet werden.

Bei den im April 1927 stattgefundenen Jerusalemer Stadtratswahlen war das jüdische Votum von ausschlaggebender Bedeutung. Die jüdischen Wähler hatten einen Wahlblock gebildet, der alle jüdischen Richtungen, die der Agudas Jisroel inbegriffen, umfaßte. Dadurch wurde es ermöglicht, vier Juden in den Stadtrat hineinzuwählen. Es sind dies Isaac Ben Zwi, Isaac Eliashar, Haim Solomon und Eliah Shamah. Haim Solomon wurde dann zum Vizebürgermeister von Jerusalem gewählt. Die erste Anregung zur Bildung einer eigenen Stadtverwaltung im jüdischen Teil Jerusalems ging von der Londoner Wochenschrift „Jewish Chronicle“ aus, die darlegte, daß der jüdische Teil Jerusalems die Spitze des jüdischen Nationalheims zu bilden habe.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Die Sitzung der Gemeindevertretung am 6. Juni. München, 7. Juni. Nach Eröffnung der Sitzung hielt zunächst Herr OLGR. Neumeyer dem plötzlich dahingeschiedenen Oberlehrer Simon Dingfelder einen tiefempfundenen Nachruf. Dann wurde an Stelle des aus dem Finanzausschuß ausscheidenden Herrn Löwenstein Herr Wechsler in diesen Ausschuß gewählt. Darauf wurde der Bericht der Revisoren über die Prüfung der Gemeinderechnung und Bilanz für das Jahr 1927—28 bekannt gegeben und dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt, ebenso für das Jahr 1926/27. Der Vorsitzende teilt weiter mit, daß die Gemeinde eine größere Spende erhalten habe und machte Angaben über deren Verteilung. Sodann wurde ein Gesuch des Landheims Wolfratshausen um Gewährung eines Darlehens von RM. 20 000.— behandelt; die Gemeinde wird es in Gemeinschaft mit dem Verband erledigen. Es wurde ferner beschlossen der Stadtgemeinde München die Erlaubnis zur Erweiterung einer elektrischen Unterstation auf dem Anwesen der Gemeinde, Herzog-Max-Straße 3, zu geben, sowie ein südlich des Neuen Israelitischen Friedhofs an der Ungererstraße gelegenes Grundstück zu erwerben und zur Vergrößerung des Friedhofs in Tausch gegen städtische Gelände abzugeben. Über den Antrag der Israelitischen Religionsgesellschaft „Ohel Jakob“ auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von RM. 3 500.— sowie eines Darlehens von RM. 25 000.— entspann sich eine lebhafte Diskussion. Nähere Ausführungen darüber finden unsere Leser an anderer Stelle des Blattes. Das Gesuch der Ostjüdischen Vereine um Unterstützung bei der Errichtung einer Synagoge wurde zur Beschaffung weiterer Unterlagen zurückgestellt. Nach Schluß der Tagesordnug machte Herr Oberlandesgerichtsrat Neumeyer Mitteilungen über die Kölner Tagung und die Errichtung des Reichsverbandes.

Jüdischer Gesangverein München. Unser diesjähriges Sommerfest findet Sonntag, den 1. Juli, in Harlaching im großen Saal des Restaurants Neumeier bei jeder Witterung statt. Es wurde diesmal ein ganz besonders reichhaltiges Programm zusammengestellt. Den musikalischen Teil werden die Damen Manja Sufrin und Else Berger sowie die Herren Dr. Kurt Bettsack und Siegmund Schapira bestreiten. Die Herren Bernhard Renka und Albert Spaeth werden humoristische Vorträge bringen. Der Chor des Jüdischen Ge-

sangvereins singt Wiener Walzerlieder von Joh. Strauß. — Die Kapelle Velisch spielt zum Tanz die neuesten Schlager. Wir hoffen unseren Gästen besonders frohe Stunden zu bereiten und haben auch den Eintrittspreis sehr nieder auf RM. 1.— pro Person festgesetzt. Saaleröffnung 4 Uhr nachmittags. Für Heimbeförderung wird bestens Sorge getragen.

Bar-Kochba, München. An Stelle unseres bisherigen Sportlehrers Veith haben wir Herrn Breit vom DSV. als Trainer für unsere Leichtathletik und Handballmannschaft gewonnen. Am Sonntag, dem 17. Juni, tragen wir das fällige Pokalspiel gegen 1860 II mit folgender Mannschaft aus:

Kornhauser I
Levite Orljansky
Fleischer Schuster Felsen
Gröbel Hellfeld Goldstern Schneuer Eisenmann

Treffpunkt präzis 8.30 Uhr auf dem Sportplatz an der Säbenerstraße. In derselben Aufstellung spielen wir am Donnerstag, dem 21. Juni, abends 6.45 Uhr, gegen den Sportverein Jahn I auf unserem Platze an der Säbenerstraße.
Das Training für Leichtathletik und Handball findet regelmäßig statt Sonntags vormittags ab 9.30 Uhr, Dienstag und Donnerstag ab abends 7 Uhr auf dem Sportplatz an der Säbenerstraße. Zu denselben Zeiten findet dort auch das Training für die Jugend statt. Neuanmeldungen werden auf dem Sportplatze entgegengenommen.
Die Leitung.

Bar-Kochba, München. Damenabteilung. Sonntag, den 17. Juni, Gymnastik und Spiel auf dem Sportplatz an der Säbenerstraße (Straßenbahnhaltestelle Kurtstraße). Sämtliche Damen werden aufgefordert vollzählig zu erscheinen.
Sonntag, den 24. Juni: Tagestour. Näheres im nächsten „Echo“.

Jüdisches Kammerorchester, München. Am Mittwoch, 27. Juni, pünktlich abends 8.30 Uhr, findet im Lessing-Saal, Herzog-Rudolf-Straße 1, ein
Vortragsabend
mit Werken von Schein (1609), Corelli (1700), Schubert, Schumann und Trunk (1925) statt. Leitung: Franz Kleinbauer. — Hauptprobe: Sonntag, 24. Juni, abends 8.15 Uhr im Lessing-Saal. Regelmäßiges Erscheinen unserer Mitglieder zu den Proben (jeden Mittwoch, 8.15 Uhr abends, im Lessing-Saal) ist daher erforderlich. — Außerdem ersuchen wir die geschätzten anderen Vereine, bei Ansetzung von Veranstaltungen auf unseren Abend Rücksicht zu nehmen. Anschrift: M. Goldberg, Kurfürstenplatz 4.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Der Synagogenverein Bajis Jakob gratuliert Herrn und Frau Saposchnik zur Vermählung ihrer Kinder und Herrn und Frau Rojefski zur Bar Mizwah ihres Sohnes RM. 3.—; Familie M. Fleischer desgleichen 2.—; Familie Gidalewitsch desgleichen 2.—; Familie D. Goldberg gratuliert Familien Kornhauser-Lieber zur Vermählung ihrer Kinder 2.—; Familie A. Strumpf gratuliert zur Hochzeit Saposchnik-Bogopolsky 2.—; Familie B. Zinn gratuliert zur Vermählung Kornhauser-Lieber und zur Verlobung Orljansky-Diamand 2.—; Familie Blumenfeld gratuliert zur Vermählung Bogopolsky-Saposchnik 1.—; Familie Stern gratuliert Familie Kornhauser zur Vermählung ihres Sohnes 1.—.

Münchener Spendenausweis Nr. 25
vom 4.—12. Juni 1928

Allgem. Spenden: Fam. N. Nußbaum grat. z. Verlobung Orljansky-Diamand, Hochzeit Bogopolsky-Saposchnik und Lieber-Kornhauser RM. 2.—.

Spendenbuch: Theodor Feuchtwanger anläßl. seiner Verlobung RM. 50.—; Benno Friedmann anläßl. seiner Verlobung 20.— = 70.—.

Goldenes Buch Frieda und David Horn: Markus Eisen und Frau grat. Familie Orljansky-Diamand und Lieber-Kornhauser RM. 3.—; Julius Eisen und Frau grat. Fam. Orljansky-Diamand 2.— = 5.—.

Bäume: Felice Schragenheim s. A.-Garten: Jenny Feuchtwanger verabschiedet sich von allen Verwandten und lieben Freunden 8 Bäume = RM. 48.—.

Ehrengarten für die gef. Mitglieder des Bar-Kochba: Die Vorstandschaft des Bar-Kochba grat. herzlichst zur Verlobung Orljansky-Diamand 1 Baum = RM. 6.—.

Materialverkauf: 2 NF.-Telegramme RM. 1.—.

Büchsen: Geleert durch Arnold Grünbaum: S. Adler RM. 9,12; J. Fleischer 2.99; Frl. J. Schaff-

ranek 2.95; M. Tenzer 1.76; P. Wiesenfeld 1.27; B. Chary 1.— = 19.09.

Geleert durch Max Feder: Dr. W. Eliasberg RM. 8.72; A. Bein 3.81; M. Felsen 2.90; Th. Mendle 2.—; Dipl.-Ing. G. Meyerstein 1.56 = 18.99. Summa 170.08. Gesamtsumme seit 1. Okt. 1927 RM. 4880.62.

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 8. Juni 1928

Spendenbuch: Herr und Frau Alfred Bamberger anl. Konfirmation ihrer Tochter RM. 10.— Herr und Frau Eugen Tuchmann anl. Konfirmation ihrer Tochter 10.—; Herr und Frau Dr. M. Bernkopf anl. Konfirmation ihrer Tochter 10.—; Herr und Frau Otto Gerst anl. Konfirmation ihrer Tochter 10.—; durch Rosi Birnbaum (Fürth): Herr und Frau Siegfried Schwarzenberger anl. Konfirmation 10.—; Herr und Frau Lothar Midas anl. Konfirmation 10.—; Herr und Frau Sigmund Weil anl. Konfirmation 10.—.

Allgemeine Spenden: Tellersammlung anl. Ortsgruppenabend RM. 6.—.

Büchsen: Martin Thurnauer (Ludwigshöhe) RM. 10.—; Frau Siegfried Bergmann 3.70; Frau Baruch 8.86. Summa RM. 98.56. Seit 1. Oktober aufgebracht RM. 6482.81.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am 9. Siwan, mittags 1 Uhr, nach zweistündigem schwerem Krankenlager unsere innigstgeliebte treusorgende Gattin, Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwiegermutter, Tante und Großtante

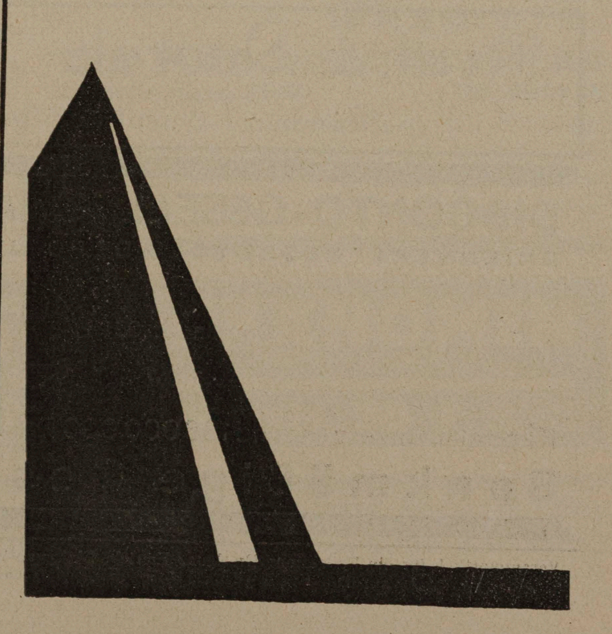
Frau Sarah Lustgarten

geb. Weber

im Alter von 57 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten die tieftrauernden Hinterbliebenen: **Leon Lustgarten und Kinder, Benno Goldberg und Frau Gisela, geb. Weber, Jakob J. Weber und Frau Rosa, geb. Lerner, Elias Senfst und Frau Frida, geb. Weber, Hans Weber und Frau Jetti, geborne Kalter, Heinrich Weber, Viktor Handgriff**

Wien, den 28. Mai 1928.



Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.